

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bund der Szenografen e.V.
Theaterhaus Mitte Wallstraße 32, Haus C
10179 Berlin
kontakt@szenografen-bund.de

freischaffende Theaterkünstler*innen, Bühnenbildner*innen und
Kostümbildner*innen

Mindestlohn

1. Welche Pläne hat Ihre Partei hinsichtlich der prekären Situation von freischaffenden Bühnen- und Kostümbildner*innen an deutschen Theatern? Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, damit an staatlich subventionierten Theatern der Mindestlohn auch für freischaffende Künstler garantiert ist?

Die Finanzierung der deutschen Theater liegt in unserem föderalen System zum größten Teil in der Verantwortung der Länder und Kommunen. Der Bund sollte sich unserer Auffassung nach darum bemühen, die Länder finanziell in die Lage zu versetzen ihre Kultur-Institutionen auskömmlich zu finanzieren. Wir haben in diesem Zusammenhang auch immer wieder gefordert, die Trennung zwischen freiwilligen und Pflichtaufgaben aufzuheben - so dass nicht gerade der Kulturhaushalt zu Sanierung der kommunalen oder Länderhaushalte herhalten muss.

DIE LINKE setzt sich zudem für branchenspezifische Mindesthonorare für Selbstständige ein. Wir fordern, dass die Vergabe öffentlicher Gelder im Kultursektor an die Einhaltung sozialer Mindeststandards gekoppelt wird. Das Zahlen von Mindesthonoraren sollte in den Förderrichtlinien der öffentlichen Hand verankert werden.

Gleichstellung

2. Welche Pläne hat Ihre Partei hinsichtlich der Gleichstellung von freischaffenden Bühnenbildner*innen und Kostümbildner*innen? Ist Ihnen bekannt, dass Frauen bei gleicher künstlerischer Tätigkeit 12% weniger Gage bekommen?

Dass auch im Kultursektor nach wie vor ein Gender Pay Gap existiert ist uns bekannt. Die aktuell vorgelegten Studien des Deutschen Kulturrates und der Filmförderanstalt belegen dies einmal mehr. DIE LINKE fordert für alle Arbeitsbereiche Entgeltgleichheit und eine Frauen-Quote von 50%. Wir wollen eine gendergerechte Bezahlung ebenfalls für die Vergabe öffentlicher Mittel verpflichtend verankern.

unterschiedliche Gage

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Situation, dass Kostümbildner*innen bei gleicher Qualifikation und gleichem Arbeitsaufkommen 26% weniger Gage erhalten als Bühnenbildner*innen? Welche Korrekturmaßnahmen wollen Sie dagegen ergreifen?

Die Linke steht für faire Vergütung. Berufe, die eine vergleichbare Qualifikation und ein ähnliches Arbeitsaufkommen aufweisen, sollten auch entsprechend vergleichbar vergütet werden. Um den Anspruch einer angemessenen Vergütung durchzusetzen zu können braucht es starke kollektive Interessenvertretungen, die Forderungen gegenüber Arbeit- oder Auftraggeber*in verhandeln. Eine weitere Möglichkeit, faire Arbeitsbedingungen auch im Kultursektor durchzusetzen, wäre die Einführung eines „Gütesiegels“ für Kulturinstitutionen, welches die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen unabhängig kontrolliert, wie es die Initiative art but fair vorschlägt.

Einkommensverschlechterung

4. Wie beurteilt Ihre Partei die Einkommensverschlechterung von 6% für freischaffende Bühnen- und Kostümbildner*innen an deutschen Theater in den letzten sieben Jahren? Welche Korrekturmaßnahmen wollen Sie dagegen ergreifen?

Die von Ihnen beschriebene Einkommensverschlechterung muss als eine Folge der nicht bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Theater gesehen werden. Out-Sourcing (statt Festanstellung werden die Gewerke als Selbstständige eingekauft) und eine fehlende Anpassung an Preis- und Tarifsteigerungen führen insgesamt zu sinkenden Einkommen. Der Bund kann hier bei den Länder lediglich dafür werben, dass Theater so finanziert werden, dass sie in ihren Produktionsetats Preis- und Tarifssteigerungen sowie faire Vergütungen einkalkulieren können.

Altersarmut

5. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei gegen die Altersarmut von freischaffenden Theaterkünstler*innen?

Die Linke steht für einen Erhalt und Ausbau der Künstlersozialkasse. Die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse reicht aber allein nicht aus, um vor Altersarmut zu schützen, notwendig sind darüber hinaus faire Gagen, die entsprechend hohe Einzahlungen möglich machen, um im Endeffekt auch eine auskömmliche Rente zu erzielen.

Die Linke will auch Selbstständige mit einkommensgestaffelten Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Außerdem fordern wir eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro.

Umsatzsteuer

6. Befürwortet Ihre Partei einen Umsatzsteuersatz von 0% auf die Gagen von Künstler*innen bei freiberuflicher Beschäftigung (Werkvertrag) an staatlich subventionierten und von der Umsatzsteuer befreiten Theatern? Falls nicht, mit welcher Begründung?

Ja, wir befürworten die Befreiung von der Umsatzsteuer. Die Linke hatte sich bereits 2013 dafür eingesetzt, als es auch um die Umsatzsteuerbefreiung für Bühnenregisseure und Choreografen ging. Diese sind letztlich von der Umsatzsteuer befreit worden. Die Bühnen- und Kostümbildner aber leider nicht. Wir wollen, dass bei den Theatern, den Bühnen- und Kostümbildnern und den Finanzverwaltungen Rechtssicherheit herbeigeführt wird. So würde Kostendruck von den öffentlichen Bühnen genommen und die Künstler hätten eine kalkulierbare Basis für ihre Vertragsabschlüsse. Die finanziellen Auswirkungen für die öffentliche Hand hingegen sind von untergeordneter Bedeutung.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

7. Wie beurteilt Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für freiberufliche Theaterkünstler*innen?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele im kulturellen Sektor Tätige nach wie vor ein Problem. Denn: zum einen entsprechen oft die Arbeitszeiten nicht den Betreuungszeiten der Kindergärten oder der Hortbetreuung in den Schulen. Es gibt zu wenig Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Regel-Öffnungszeiten. Zudem lässt das Einkommen es nur bei gut verdienenden Theaterkünstler*innen zu, die Betreuung privat selbst zu organisieren bzw. überhaupt eine Familie zu gründen. Wechselnde Engagements in verschiedenen Städten machen die Situation noch schwieriger. Auch hier könnten höhere Verdienstmöglichkeiten helfen. Wichtig wäre aber auch ein Umdenken in den Kulturinstitutionen selbst, familienfreundliche Probezeiten, das Bereitstellen von professioneller Kinderbetreuung oder die Gründung von Betriebskindergärten können hier Lösungen sein.

Haushaltssituation der Theater

8. Welche Pläne hat Ihre Partei hinsichtlich stagnierender oder sogar rückläufiger Etats an deutschen Theater? Wie beurteilt Ihre Partei die Haushaltssituation deutscher Theater?

Siehe Antwort 1, 3 und 4.

Kultur ins Grundgesetz

9. Kultur als freiwillige Aufgabe zwingt ärmere Bundesländer zum Kulturabbau. Befürwortet Ihre Partei die Bestrebung, Kultur als ein Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen?

Ja. Wir fordern schon seit vielen Jahren ein Staatsziel Kultur. Kulturelle Vielfalt lässt sich nur im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen sichern. Deshalb treten wir für eine weitere Ausgestaltung des kooperativen Kulturföderalismus ein. Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz, Wegfall des sog. Kooperationsverbotes im Bildungsbereich und Aufnahme einer Gemeinschaftsaufgabe Kultur ins Grundgesetz lauten unsere wesentlichen Forderungen. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag für die Aufnahme eines Staatsziels Kultur ins Grundgesetz eingebracht und zwar so wie von der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland empfohlen (BT-Drs. 17/10785). Auch wenn dieser Antrag abgelehnt wurde, bleiben wir bei weiterhin bei dieser Forderung.

Reformpaket

10. Wie stehen sie zum Reformpaket des Bund der Szenografen? Was werden Sie davon umsetzen?

Die Linke setzt sich für Mindesthonorare bzw. Honorarordnungen ein. (siehe Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 DIE LINKE) Wir fordern - wie in Antwort 6 dargestellt - eine Umsatzsteuerbefreiung bei Gagen.

Die Linke setzt sich für Transparenz bei den Gehältern innerhalb von Kulturinstitutionen ein. Wir streiten für Entgeltgleichheit und

fordern, dass sich Tarifierungen bei Angestellten auch in den Honoraren der Freien spiegeln sollten.

Wir wollen Kalkulationsrealismus bei Produktionen – die Einhaltung von sozialen Mindeststandards soll bereits verpflichtend in den Förderrichtlinien der öffentlichen Hand festgelegt werden.

Wir fordern eine bedarfsgerechte Finanzierung von Kulturinstitutionen, eine angemessene Ausstattung mit Personal und sind gegen ein weiteres Outsourcing. Wir befürworten die Einführung von „Betriebskindergärten“ in Kulturinstitutionen und wollen Selbstständige im Recht auf Mutterschutz und Elternzeit mit Angestellten gleichstellen